

Misstrauensantrag gegen die Migrationspolitik Zur Abstimmung durch die ICEM bei der AG der FIMEM 2020

Im Jahr 2018 wurde in der AG FIMEM ein Antrag gegen die Migrationspolitik angenommen.

Zwei Jahre später in Europa stellen wir fest, dass sich die Bedingungen für Migrantinnen und Migranten nicht verbessert haben.

Während seit 1989 das Sprechen, das Gehen zur Schule oder die Behandlung als Grundrechte für alle Kinder der Welt anerkannt werden, sieht die Realität für so viele Kinder anders aus (61 Millionen Kinder ohne Schulbildung).

In Frankreich sind eine Reihe von Kindern und Jugendlichen von jeder Form der schulischen oder beruflichen Bildung ausgeschlossen. Der Zugang zur Schule ist heute kein wirksames Recht für viele Kinder, wie die Verweigerung der Anmeldung von Kindern ausländischer Herkunft oder in großer sozialer Unsicherheit zeigt. Diese unbestimmte Zahl von Kindern, die von den Gemeinden nicht erfaßt werden, führt zu einer Unsichtbarkeit. Darüber hinaus ist die Schule kein Ort mehr, um Kinder zu schützen, die von den Ordnungskräften in Gewahrsam genommen werden, bevor sie aus dem Staatsgebiet ausgewiesen werden.

Im weiteren Sinne ist Europa heute hinter seinen Grenzen eingesperrt, indem es Mauern errichtet und die Rechte von Ausländern, Männern, Frauen, Kindern (Recht auf medizinische Versorgung, Zugang zu einer menschenwürdigen Wohnung, Anerkennung ihres Status und Schutz) einschränkt

Abgesehen von den mehr oder weniger feierlichen Stellungnahmen, die wir gemeinsam abgeben können, den Bewegungen der FIMEM?

FIMEM kann zwar die Solidarität mit Migrantinnen und Migranten bekräftigen, aber auch Wege finden, um mit Instanzen zusammenzuarbeiten und sich um bereits bestehende Beobachtungsstellen zu gruppieren (siehe z. B. EDA, alternativer Bericht) die Mitglieder der FIMEM zu einer Annäherung an die Verbände zu verpflichten, die Behörden zu konsultieren und Wege zu finden, wie sie handeln können, damit sie mehr Einfluß auf die politischen Entscheidungen nehmen können.